

VERSICHERUNG, STEUERN & FINANZEN

Die Alternative für Deutschland ...

- » ... ist für die Abschaffung der gesetzlichen Unfallversicherung.
- » ... will das Renteneintrittsalter erhöhen. Damit müsste man aktuell länger als bis zur Vollendung des 67. Lebensjahres arbeiten.
- » ... möchte, dass sich Bund, Länder und Kommunen jeweils selbst finanzieren und der solidarische Ausgleich zwischen den einzelnen Ebenen beendet wird.
- » ... will die Grunderwerbs- und die Erbschaftssteuer abschaffen, die aktuell den Bundesländern zugutekommen. Zudem würde dies deutlich vermögende Menschen bevorteilen.
- » ... will den Länderfinanzausgleich überarbeiten, was dramatische Folgen für Berlin hätte und eine riesige Lücke in den Landeshaushalt reißen würde.
- » ... ist für die Einführung eines Stufentarifs für die Einkommensteuer.

KLIMA, ENERGIE & VERKEHR

Die Alternative für Deutschland ...

- » ... sieht Kohlenstoffdioxid nicht als Schadstoff an. Damit bringt sie zum Ausdruck, dass es ihrer Meinung nach keinen Klimawandel gibt. Klimaschutzorganisationen sollen demzufolge auch nicht mehr gefördert werden.
- » ... will das Erneuerbare-Energien-Gesetz streichen, sodass nachhaltig produzierte Energie aus Wind, Sonne, Wasser und Erdwärme nicht weiter unterstützt werden kann.
- » ... will die Laufzeiten von Atomkraftwerken (AKW) verlängern. Offen ist, ob neue AKW errichtet werden sollen. Ausgeschlossen wird es nicht.
- » ... ist gegen Tempolimits auf Autobahnen, die nachweislich zu einer Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes – und zu weniger Unfällen durch überhöhte Geschwindigkeit – führen könnten. Die geplante Abschaffung innerörtlicher Tempolimits auf Durchgangsstraßen, könnte insbesondere für Kinder im Straßenverkehr lebensbedrohlich sein.

MEHR INFORMATIONEN

Landesjugendwerk im AWO
Landesverband Berlin e.V.

Telefon: 030 / 72 00 66 97
E-Mail: info@ljw-berlin.de
Web: www.ljw-berlin.de

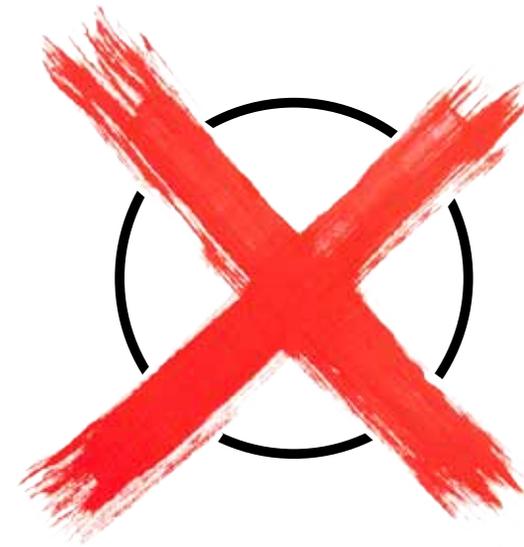


AWO Landesverband
Berlin e.V.

Telefon: 030 / 25 38 90
E-Mail: info@awoberlin.de
Web: www.awoberlin.de



DEIN KREUZ OHNE HAKEN



FÜR DEMOKRATIE OHNE ALTERNATIVE

Gefördert durch die Berliner Senatsverwaltung für
Bildung, Jugend und Wissenschaft

lw
LANDES
JUGENDWERK
DER AWO BERLIN

AWO

Landesverband
Berlin e.V.

Am 18. September 2016 werden in Berlin ein neues Abgeordnetenhaus und die zwölf Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Bei diesen Wahlen wird auch die Alternative für Deutschland (AfD) antreten. Bisher war über das konkrete Wahlprogramm der AfD nichts Genaues bekannt. Am 01. Mai hat die AfD schließlich ihr Grundsatzprogramm beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Um einen besseren Eindruck der politischen Ziele der Partei zu erhalten, haben wir die wesentlichen Standpunkte zu den Themenfeldern „Bildung, Kinder und Jugend“, „Gesellschaft, Soziales und Medien“, „Klima, Energie und Verkehr“ sowie „Steuern und Finanzen“, in diesem Flyer zusammengefasst.

Was hältst du von diesen Positionen? Steht die AfD für deine Überzeugungen und Werte ein?

Deine Stimme ist wichtig. Denn sie entscheidet über die politische Ausrichtung unseres Landes! Überlass es nicht anderen, dir vorzuschreiben, wie du zu leben hast. Bringe dich ein, sag deine Meinung! Dein Kreuz ohne Haken macht den Unterschied.

DAMIT
Nationalismus
KEINE
Alternative
WIRD

BILDUNG, KINDER & JUGEND

Die Alternative für Deutschland ...

- » ... ist für das dreigliedrige Schulsystem. Weil wir in Berlin aktuell nur zwei weiterführende Schularten unterscheiden – Gymnasien und Integrierte Sekundarschulen (ISS) – würde dies eine erneute Aufteilung der ISS in Haupt- und Realschulen bedeuten.
- » ... will Förder- und Sonderschulen erhalten. Dies steht dem Grundgedanken der Inklusion entgegen, bei dem möglichst alle Kinder unabhängig ihrer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen gemeinsam mit anderen Kindern unterrichtet werden sollen.
- » ... will zu Diplom und Magister als Studienabschlüsse zurückkehren. Die Abschaffung des Bachelor- und Master-Systems in Deutschland würde die Folge haben, dass es europaweit wieder schwieriger wird, Abschlüsse zu vergleichen. Zudem wäre es fraglich, inwieweit dies zu einem Problem für Auslandssemester und deren Anrechenbarkeit für das eigene Studium führen würde.
- » ... möchte, dass Kinder bereits ab zwölf Jahren strafmündig sein sollen.
- » ... will ein generelles Kopftuchverbot für muslimische Schülerinnen in Schulen. Inwiefern andere religiöse Symbole verboten werden sollten, wird nicht thematisiert.
- » ... ist dafür, dass Schulen die „ethische, biologische und rechtliche Stellung als Mensch ab der Verschmelzung von Ei und Samenzelle thematisieren.“ Damit griffe die AfD in die Rahmenlehrpläne ein, um Kindern und Jugendlichen eine wissenschaftlich und ethisch nicht allgemeingültige – und somit fragwürdige – Position zu vermitteln.
- » ... will Universitäten vorschreiben, dass Genderstudies nicht mehr angeboten werden sollen. Eng verbunden ist dies mit dem Verbot des Gendermainstreaming. Zur Folge hätte dies, dass verschiedene Lebensentwürfe jenseits von Mann und Frau nicht mehr wissenschaftlich untersucht werden können.

GESELLSCHAFT, SOZIALES & MEDIEN

Die Alternative für Deutschland ...

- » ... will die derzeit ausgesetzte Wehrpflicht wieder einführen.
- » ... will ein sogenanntes „Grundrecht auf Leben“ einführen. Hierbei wird Leben definiert für den Zeitraum „von der Zeugung bis zum natürlichen Tod“. Dies hätte weit reichende Konsequenzen, denn man will in unmittelbarer Folge ...
- » ... das Abtreibungsrecht verschärfen. Abtreibungen wären mit der im vorherigen Punkt genannten Definition de facto unmöglich. Welche Optionen es für Frauen z. B. im Falle von Schwangerschaften nach Vergewaltigungen geben würde, ist unklar.
- » ... will das Grundrecht auf Asyl abschaffen und somit das Grundgesetz ändern. Bereits abschließende bearbeitete Altfall- und Bleiberechtsregelungen sollen rückwirkend gestrichen werden. Zudem soll der Standard der Genfer Flüchtlingskonvention für Deutschland abgesenkt werden. Dies wäre ein klarer Verstoß gegen die UN-Menschenrechtscharta und könnte zu zahlreichen Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte führen.
- » ... will Geflüchtete, die bei uns Asyl suchen, generell in Zentren in afrikanischen und nahöstlichen Transitstaaten zurückschicken, was als Voraussetzung einer Schließung der Grenzen bedürfen würde. Dies hätte auch schwerwiegende Folgen für die deutsche Exportwirtschaft.
- » ... will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk privatisieren und stattdessen einen „Staatsrundfunk“ einführen, der nicht unabhängig wäre.